ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 30. April 1999

über den Rechnungsabschluß der Mitgliedstaaten für die von der Abteilung Garantie des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) im Haushaltsjahr 1998 finanzierten Ausgaben

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 1175)

(1999/327/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik [1], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1287/95 [2], insbesondere auf Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b),

nach Anhörung des Fondsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 führt die Kommission den Rechnungsabschluß der in Artikel 4 Absatz 1 derselben Verordnung genannten Zahlstellen durch und stützt sich dabei auf Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluß notwendigen Auskünften, den Bescheinigungen über Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der zuständigen Prüfstellen vorlegen.

(2) Zur Anwendung von Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 296/96 der Kommission vom 16. Februar 1996 über die von den Mitgliedstaaten zu übermittelnden Angaben, zur monatlichen Übernahme der vom Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, finanzierten Ausgaben und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2776/88 [3], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2236/98 [4], werden im Rahmen des Haushaltsjahres 1998 die Ausgaben berücksichtigt, welche die Mitgliedstaaten zwischen dem 16. Oktober 1997 und 15. Oktober 1998 getätigt haben.

(3) Die den Mitgliedstaaten eingeräumten Fristen für die Einreichung der Unterlagen gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 und gemäß Artikel 4 Absätze 1, 3 und 4 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 der Kommission vom 7. Juli 1995 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 bezüglich des Rechnungsabschlußverfahrens des EAGFL, Abteilung Garantie [5], geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 896/97 [6] sind abgelaufen.

(4) Die Kommission hat die Prüfung der übermittelten Unterlagen abgeschlossen und hat den Mitgliedstaaten vor dem 31. März 1999 die Ergebnisse der Überprüfung dieser Unterlagen unter Angabe notwendiger Änderungen mitgeteilt.

(5) Gemäß Artikel 7 Absatz 1 erster Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 wird der Betrag der Ausgaben, welche die Mitgliedstaaten während des betreffenden Haushaltsjahres getätigt haben und die von der Abteilung Garantie des EAGFL anzuerkennen sind, unbeschadet späterer Entscheidungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c) durch die Rechnungsabschlußentscheidung gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 bestimmt. Dies geschieht auf der Grundlage der in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b) derselben Verordnung genannten Rechnungen und der Kürzungen und Aussetzungen der Vorschüsse für das betreffende Haushaltsjahr, einschließlich der Kürzungen gemäß Artikel 4 Absatz 3 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 296/96. Nach Artikel 102 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 [7], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, EGKS, Euratom) Nr. 2779/98 [8], wird das Ergebnis der genannten Entscheidung in einem einzigen Artikel als positive oder negative Ausgabe übernommen, so wie es sich als eventueller Unterschied zwischen den Ausgaben, die für das betreffende Haushaltsjahr in Anwendung der Artikel 100 und 101 übernommen worden sind, und der Summe der von der Kommission durch die vorliegende Entscheidung berücksichtigten Ausgaben ergibt.

(6) Bei mehreren Zahlstellen kann die Kommission anhand der Jahresabrechnungen und beigefügten Unterlagen die Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der Rechnungsabschlüsse feststellen. Bei bestimmten Abrechnungen hat sich jedoch gezeigt, daß diese die genannten Bedingungen nicht vollständig erfüllen. Die betreffenden

[1] ABl. L 94 vom 28.4.1970, S. 13.
[2] ABl. L 125 vom 8.6.1995, S. 1.
[3] ABl. L 39 vom 17.2.1996, S. 5.
[4] ABl. L 281 vom 17.10.1998, S. 9.
[5] ABl. L 158 vom 8.7.1995, S. 6.
[6] ABl. L 128 vom 21.5.1997, S. 8.
[7] ABl. L 356 vom 31.12.1977, S. 1.
[8] ABl. L 347 vom 23.12.1998, S. 3.

Ausgaben können deshalb nicht als von der Abteilung Garantie des EAGFL zu übernehmende Ausgaben anerkannt werden. Diese Ausgaben der jeweiligen Zahlstellen sind dem Anhang I zu entnehmen.

(7) Weiterhin hat sich gezeigt, daß anhand der eingereichten Unterlagen bei bestimmten anderen Zahlstellen zusätzliche Nachfragen erforderlich sind und deshalb für diese Auszahlungen noch keine Entscheidung getroffen werden konnte. Die betreffenden Zahlstellen sind in dem Anhang II aufgelistet.

(8) Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 296/96 sieht im Zusammenhang mit Artikel 13 der Entscheidung 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 betreffend die Haushaltsdisziplin [1] vor, daß die Vorschüsse auf die Übernahme gekürzt werden, wenn die Mitgliedstaaten Ausgaben außerhalb der vorgeschriebenen Termine oder Fristen tätigen. Eine Überschreitung der Termine oder Fristen im September und Oktober wird jedoch nach Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 296/96 im Rahmen des Rechnungsabschlusses berücksichtigt, es sei denn, sie kann noch vor der letzten Vorschußentscheidung des Haushaltsjahres festgestellt werden. Die von den Mitgliedstaaten für den oben genannten Zeitraum gemeldeten Ausgaben, und für Maßnahmen für welche die Kommission keine abschwächende Umstände annehmen kann, wurden teilweise außerhalb der vorgeschriebenen Termine oder Fristen getätigt. Es ist deshalb angebracht, daß die vorliegende Entscheidung diesbezügliche Kürzungen bestimmt. Diese Kürzungen werden später Gegenstand einer Entscheidung gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 sein, die endgültig die von der Finanzierung durch die Gemeinschaft auszuschließenden Ausgaben festlegt hinsichtlich jener Reduzierungen und anderer Ausgaben zu denen festgestellt wird, daß sie teilweise außerhalb der vorgeschriebenen Termine oder Fristen getätigt wurden.

(9) In Anwendung von Artikel 13 der Entscheidung 94/729/EG und Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 296/96 hat die Kommission monatliche Vorschüsse auf die im Haushaltsjahr 1998 zu übernehmenden Ausgaben gekürzt oder ausgesetzt. Sie nimmt in der vorliegenden Entscheidung die in Artikel 4 Absatz 3 der vorgenannten Verordnung vorgesehenen Kürzungen vor. Da über die betreffenden Ausgaben gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 später zu entscheiden ist, und um eine vorzeitige und lediglich vorläufige Erstattung der in Rede stehenden Beträge zu vermeiden, sollten sie in der vorliegenden Entscheidung — mit dem Vorbehalt einer späteren Überprüfung im Rahmen einer nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 zu verabschiedenden Entscheidung nicht anerkannt werden.

(10) Zur Berücksichtigung der Beträge, die dem Mitgliedstaat gemäß Anhang III zu erstatten oder anzulasten sind, werden die Vorschüsse für die Ausgaben des zweiten Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Rechnungsabschlußentscheidung verabschiedet wird, nach Artikel 7 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 1663/95, entsprechend gekürzt bzw. erhöht.

(11) Diese Entscheidung stützt sich auf Buchführungsangaben. Sie greift nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b) letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 und Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 Entscheidungen nicht vor, welche die Kommission später zu treffen hat, um die Ausgaben von einer Finanzierung auszuschließen, die nicht gemäß den Gemeinschaftsvorschriften getätigt worden sind —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die von der Abteilung Garantie des EAGFL im Haushaltsjahr 1998 finanzierten Ausgaben, die mit der vorliegenden Entscheidung abgeschlossen werden, sind in Anhang I ausgewiesen.

Artikel 2

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die von der Abteilung Garantie des EAGFL im Haushaltsjahr 1998 zu finanzierenden und in Anhang II ausgewiesenen Ausgaben sind durch die vorliegende Entscheidung nicht betroffen und werden Gegenstand einer späteren Entscheidung sein.

Artikel 3

Die jedem Mitgliedstaat aus diesem Rechnungsabschluß anzulastenden oder ihm zu erstattenden Beträge sind Entsprechend der vorliegenden Entscheidung im Anhang III ausgewiesen.

Artikel 4

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 30. April 1999

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

[1] ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 14.

ANHANG I

ABSCHLUSS DER RECHNUNGEN DER ZAHLSTELLEN — HAUSHALTSJAHR 1998

Liste der Zahlstellen, deren Rechnungen wie folgt abgeschlossen werden

Mitgliedstaat	Zahlstellen	Abgeschlossene Beträge in Landeswährung
B	BIRB	23 418 055 735,00
	Ministerie van Landbouw — DG3	11 175 715 784,00
	Organisme payeur de la Région wallonne	34 471 981,00
	Betaalorgaan voor de Vlaamse Gemeenschap	15 206 542,00
D	BLE	1 836 608 396,94
	Hamburg-Jonas	1 156 094 596,39
	Baden-Württemberg MLR	593 126 542,85
	Bayern StMELF	1 494 779 698,95
	Bayern StMLU	11 876 977,61
	Berlin SenWiTech	3 672 672,86
	Brandenburg MELF	602 723 587,48
	Bremen	2 408 780,53
	Hamburg	6 285 856,78
	Hessen HMILFN	337 324 017,49
	Mecklenburg-Vorpommern LM	744 906 099,96
	Nordrhein-Westfalen LfEJ	19 972 955,06
	Nordrhein-Westfalen LfA	3 359 485,25
	Nordrhein-Westfalen Rheinland	169 634 527,53
	Nordrhein-Westfalen Westfalen	495 340 518,35
	Rheinland-Pfalz MWVLW	237 913 283,85
	Saarland MUEV	25 870 603,98
	Sachsen	555 417 624,64
	Sachsen-Anhalt ML	662 857 742,87
	Schleswig-Holstein MELFF	477 590 806,90
	Schleswig-Holstein MNU	2 556 263,93
	Thüringen TLVwA	468 160 624,07
	B1-370 Rechnungsabschluß	– 42 661 663,00
EL	GEDIDAGEP	819 044 466 862,00
E	FEGA	130 341 442 014,00
	FROM	29 819 310,00
	Andalucía	274 571 609 932,00
	Aragón	61 280 456 086,00
	Asturias	6 092 784 035,00
	Baleares	2 777 136 484,00
	Canarias	21 099 492 462,00
	Castilla-La Mancha	112 108 746 381,00
	Castilla y León	110 505 962 370,00
	Cataluña	43 883 860 923,00
	Extremadura	72 934 326 000,00
	Galicia	11 304 785 113,00
	La Rioja	3 774 399 971,00
	Madrid	6 443 033 339,00
	Murcia	7 618 677 410,00

Mitgliedstaat	Zahlstellen	Abgeschlossene Beträge in Landeswährung
	Navarra	15 721 619 620,00
	País Vasco	5 234 836 037,00
	Valencia	20 250 655 556,00
	B1-370 Rechnungsabschluß	– 24 384 738 761,00
F	CNASEA	958 008 202,28
	FIOM	46 351 840,42
	FIRS	3 916 779 451,09
	ODEADOM	729 325 614,43
	ONIC	27 438 986 577,00
	ONIFLHOR	2 042 657 886,10
	ONILAIT	5 073 628 763,14
	ONIVINS	502 000 529,09
	SAV	800 693 368,34
	Services déconcentrés du Trésor et services déconcentrés du ministère de l'agriculture, de la pêche et de l'alimentation	4 660 440 000,70
	SIDO	9 340 743 762,44
	B1-370 Rechnungsabschluß	– 673 166 182,00
IRL	DAF	1 248 822 967,43
	DMNR	26 189 468,12
I	AIMA	7 678 750 445 710,00
	DCCC	751 740 126 054,00
	ENR	127 146 491 765,00
	B1-370 Rechnungsabschluß	– 523 508 596 612,00
L	Ministère de l'agriculture	710 442 347,00
NL	DLG	12 110 942,36
	HPA	848 515 768,04
	LASER	798 997 214,63
	MVO	77 070,82
	PT	116 026 207,40
	PVE	290 131 859,75
	PVis	294 482,83
	PZ	991 697 939,20
	STOAS	3 325 050,00
	B1-370 Rechnungsabschluß	– 9 987 148,04
A	AMA	10 797 943 842,24
	BMLF Abt. VI B 8 (Wein)	8 103 257,39
	ZA Salzburg	855 578 737,00
	Landesamt Tirol	7 496 558,00
	Landesamt Vorarlberg	89 900 ,00
	B1-370 Rechnungsabschluß	0,00
P	INGA	110 320 598 025,00
	IFADAP	19 973 046 818,00
FIN	MMM	3 434 323 550,51
S	SJV	6 696 683 958,15

Mitgliedstaat	Zahlstellen	Abgeschlossene Beträge in Landeswährung
UK	CCW	1 513 705,33
	DANI	161 905 508,85
	FC	9 846 782,16
	IBEA	713 331 520,45
	MAFF	1 488 965 120,37
	SOAEFD	359 636 401,13
	WOAD	175 557 278,56

Der Betrag „B1-370 Rechnungsabschluß“ ist nur dann angegeben, soweit er in der vom Mitgliedstaat übermittelten Ausgabenmeldung nicht enthalten ist.

ANHANG II

ABSCHLUSS DER RECHNUNGEN DER ZAHLSTELLEN — HAUSHALTSJAHR 1998

Liste der Zahlstellen, deren Rechnungen nicht behandelt werden und die Gegenstand einer späteren Entscheidung sein werden

Mitgliedstaat	Zahlstellen
DK	EU-Direktoratet
DE	Niedersachsen
E	Cantabria
F	OFIVAL

ANHANG III

ABSCHLUSS DER RECHNUNGEN DER ZAHLSTELLEN — HAUSHALTSJAHR 1998

Vom Mitgliedstaat zu erhaltender oder an den Mitgliedstaat zu zahlender Betrag in Landeswährung

Mitgliedstaat	Ausgaben des Haushaltsjahres 1998 der Zahlstellen, deren Rechnungen		Summe a + b	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	Den Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr überwiesene Vorschüsse	Vom Mitgliedstaat zu erhaltender (−) oder an ihn zu zahlender (+) Betrag
	abgeschlossen wurden	nicht behandelt wurden					
	= in der Jahresmeldung gemeldete Ausgaben	= in den Monatsmeldungen gemeldete Ausgaben					
	a	b	c = a + b	d	e = c + d	f	g = e − f
B	34 643 450 042,00	0,00	34 643 450 042,00	− 2 156 254,00	34 641 293 788,00	34 641 241 804,00	51 984,00
DK	0,00	8 672 146 317,38	8 672 146 317,38	− 32 646,00	8 672 113 671,38	8 672 113 671,38	0,00
D	9 865 820 001,27	1 086 312 085,77	10 952 132 087,04	− 2 029,44	10 952 130 057,60	10 951 822 732,04	307 325,56
EL	819 044 466 862,00	0,00	819 044 466 862,00	− 5 246 439 183,00	813 798 027 679,00	814 142 657 584,00	− 344 629 905,00
E	881 588 904 282,00	2 830 711 486,00	884 419 615 768,00	− 1 058 448,00	884 418 557 320,00	884 638 631 151,00	− 220 073 831,00
F	54 836 449 813,03	4 685 322 007,33	59 521 771 820,36	− 12 358 432,47	59 509 413 387,89	59 513 857 775,37	− 4 444 387,48
IRL	1 275 012 435,55	0,00	1 275 012 435,55	− 1 328 280,46	1 273 684 155,09	1 273 925 423,88	− 241 268,79
I	8 034 128 466 917,00	0,00	8 034 128 466 917,00	− 17 018 984 237,00	8 017 109 482 680,00	8 013 655 774 443,00	3 453 708 237,00
L	710 422 347,00	0,00	710 442 347,00	0,00	710 442 347,00	710 442 347,00	0,00
NL	3 051 189 386,99	0,00	3 051 189 386,99	− 936 801,74	3 050 252 585,25	3 050 133 164,63	119 420,62
A	11 669 212 295,33	0,00	11 669 212 295,33	0,00	11 669 212 295,33	11 669 212 295,33	0,00
P	130 293 644 843,00	0,00	130 293 644 843,00	− 1 707 605 274,00	128 586 039 569,00	128 561 006 394,00	25 033 175,00
FIN	3 434 323 550,51	0,00	3 434 323 550,51	− 628 238,35	3 433 695 312,16	3 433 695 312,16	0,00
S	6 696 683 958,15	0,00	6 696 683 958,15	− 32 715,00	6 696 651 243,15	6 696 677 748,18	− 26 505,03
UK	2 910 756 316,85	0,00	2 910 756 316,85	208 699,46	2 910 965 016,31	2 904 569 880,59	6 395 135,72

(1) Bei der Berechnung des vom Mitgliedstaat zu erhaltenden oder an ihn zu zahlenden Betrags wird für die abgeschlossenen Rechnungen der Ausgabenbetrag der Jahresmeldung zugrunde gelegt (Spalte a). Bei den nicht behandelten Rechnungen ist es der Betrag der Monatsmeldungen (Spalte b).

(2) Bei den Kürzungen und Aussetzungen handelt es sich um diejenigen, die im Vorschußverfahren vorgenommen wurden. Hinzu kommen insbesondere Korrekturen aufgrund der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen im September und Oktober 1998.